

RAINA ZIMMERING

»Von unten und von links«

DIE ZAPATISTAS – KONSTRUKTEURE EINER ALTERNATIVEN GESELLSCHAFT ?

Die neue Initiative des Zapatistischen Heeres der Nationalen Befreiung – EZLN – in Mexiko, die im Gegenzug zur Kampagne für die Präsidentschaftswahlen im Juli 2006 als »Andere Kampagne« bezeichnet wird, könnte für linke Alternativen zum kapitalistischen neoliberalen Politik- und Wirtschaftsmodell von außergewöhnlicher praxisleitender und theoriebildender Bedeutung sein. Die Zapatisten, die auf 22 Jahre sowohl bewaffneten als auch zivilen Widerstandes und 12 Jahre der Errichtung von basisdemokratischen gesellschaftlichen Strukturen in ihren autonomen Gebieten verweisen können, haben den Aufbau eines landesweiten Netzes sozialer Bewegungen mit dem Ziel der Errichtung einer antikapitalistischen und außerparlamentarischen Alternative zur neoliberalen Politik angeschoben. Dieser Prozess war auf Jahre hin geplant. Nach der Phase der Sammlung und Abstimmung der sozialen Bewegungen sollte ein »nationaler Aktionsplan« ausgearbeitet werden. Dieser Prozess wurde durch den Konflikt um die gewaltsame Repression des mexikanischen Staates gegen ambulante Händler in Atenco und die tiefe politische Krise der Elite im Vorfeld der Wahlen unterbrochen und eine unvorhergesehene Beschleunigung der angestrebten Umbruchprozesse ausgelöst. Das im Entstehen befindliche Netzwerk sozialer Bewegungen könnte damit, trotz aller Überforderung, in die Lage gebracht werden, selbst die politische Initiative in Mexiko zu übernehmen und eine tief greifende antikapitalistische Entwicklung einzuleiten. Entsprechend der antistaatlichen und basisdemokratischen Verortung der »Anderen Kampagne« (AK) würde diese Entwicklung historisch neues Terrain betreten.

Die Basis der »Anderen Kampagne« – eine andere Guerilla

Seit ihrem Aufstand von 1994 in Chiapas versuchen die Zapatisten den Existenzkampf der vom kapitalistischen

System Marginalisierten an die veränderten Bedingungen der neoliberalen Globalisierung anzupassen. Auf bisherigen Erfahrungen nationaler Befreiungsbewegungen und sozialistischen, anarchistischen und indianischen basisdemokratischen Gesellschaftsmodellen aufbauend, versuchen sie auf die veränderten Kontexte zu reagieren und neue Formen des Widerstandes und des sozialen Lebens zu erfinden. Bei dieser Suche bilden die »neuen sozialen Bewegungen« einen wesentlichen Bezugspunkt. Die Zapatistas verbanden bewaffneten Widerstand und Guerillakrieg als »kleinen Krieg der zunächst militärisch Schwächeren« (Che Guevara) mit gewaltloser Einflussnahme auf Politik durch zivilen Protest (Rucht) in einer bisher einmaligen Weise. Der bewaffnete Aufstand von 1994 und die militärische Präsenz der EZLN weisen auf den Charakter einer Guerilla hin. Kriterien einer neuen sozialen Bewegung zeigen sich in der Ablehnung terroristischer Akte (Kidnapping, militärische Nadelstiche, Attentate, Vergeltungsakte), in der zivilen Leitung der EZLN, dem Machtverzicht und der nichtstaatlichen Orientierung (die Zapatisten streben nicht die Macht im Staate an und wollen keine politischen Ämter), der Ablehnung politischer Parteien und offizieller Gewerkschaften, der Orientierung auf die Zivilgesellschaft und der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit. Konsequenz der Positionierung als soziale Bewegung war die ablehnende Haltung zu anderen Guerillagruppen wie der ERPI und der EPR und ein schwieriges Verhältnis zu linken und Mittellinks-Parteien wie der PRD, mit deren Vertretern sie gewisse Absprachen trafen, ohne jedoch Bündnisse einzugehen. Da sich die EZLN selbst als Teil der Zivilgesellschaft betrachtet, war ihr größter Bündnispartner auch die Zivilgesellschaft. Allerdings gelang es in den vergangenen Jahren nur ansatzweise, eine breitere Front mit der nichtindigenen Zivilgesellschaft und anderen sozialen Bewegungen zu schaffen.

Ein entscheidendes Kriterium von neuen sozialen Bewegungen, das auf die entwickelten Industrieländern zutrifft, wurde von den Zapatistas von vornherein nicht

erfüllt: die Selbstbegrenzung. Wie aus den Schriften von Dieter Rucht, von Jürgen Habermas in »Faktizität und Geltung«, von Amitai Etzioni in »Die Verantwortungsgesellschaft«, Charles Taylor in »Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie?« und Juan Linz in »Transition to Democracy« hervorgeht, beziehen sich Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen nur auf das Wohl der eigenen Gruppe und rufen damit Wandel hervor. Dabei lassen sie jedoch gesellschaftliche Subsysteme wie Politik oder Wirtschaft unbehelligt und mischen sich nicht in deren Logiken ein. Die Gesellschaft als Ganzes soll überwiegend nicht Thema der neuen sozialen Bewegungen sein. Dies wird von den genannten Autoren als Grundvoraussetzung für stabile demokratische Systeme betrachtet. Diesem Kriterium entspricht auch ein verengter Politikbegriff, indem proklamiert wird, dass die Bewegungen nicht selbst Politik machen, sondern durch Protest lediglich Einfluss auf Politik nehmen.

Im Gegensatz dazu wiesen die Zapatistas von Beginn ihrer Existenz an neben dem Selbstbezug als Gruppe einen gesamtgesellschaftlichen Bezug auf, der seit ihrer Gründung in der Klandestinität am 17. November 1983 bis heute verschiedene Etappen durchlief. Von 1984 bis zum Aufstand 1994 überwog die Vorstellung von der Machtübernahme im Staat und dem Aufbau einer nichtkapitalistischen Gesellschaft im Sinne einer klassischen Guerilla. Dies änderte sich kurz nach dem Aufstand 1994, als klar wurde, dass es keinen gesamt-nationalen Aufstand gegen das korrupte Regime von Salinas de Gotari geben würde, dass man aber durch militärischen Druck als Guerilla und mittels solidarischer Unterstützung durch die Zivilgesellschaft in Verhandlungen mit der Regierung treten konnte. Jetzt übernahmen die Zapatistas Züge von neuen sozialen Bewegungen. Sie versuchten, ihre Forderungen über den bestehenden Staat durch Einflussnahme auf Politik durchzusetzen. Nach dem Aufstand 1994 zogen sich die Zapatisten zurück und handelten mit der Regierung im »Gesetz über den Dialog« einen Waffenstillstand und ein eigenes Territorium aus, das bis zu einem Friedensvertrag gültig sein sollte. Die Verhandlungsergebnisse wurden von den Zapatistas als Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen mit der Regierung benutzt, deren Absicht es war, einen allmählichen Wandel des politischen Systems auf gewaltfreiem Weg zu erreichen. So strebten sie einen ganzen Verhandlungszyklus an: Die erste Verhandlungsrunde sollte das Gesetz für Indigene Rechte und Kultur hervorbringen, weitere Runden sollten sich um Themen wie Demokratie, soziale Gleichheit, Gleichberechtigung und ein gerechtes Wirtschaftssystem drehen. Alle Gesetze betrafen die gesamte mexikanische Gesellschaft und waren an den Staat gebunden, d.h. sie waren nicht auf Selbstbegrenzung als Gruppe angelegt. Die Zapatistas wollten Einfluss auf Politik nehmen, aber

selbst keine politischen Ämter übernehmen.

Die Verhandlungsrunde um die Rechte und Kultur der Indigenas stand am Anfang des Zyklus, da es als das dringendste Anliegen betrachtet wurde. Die Verwirklichung der Versprechen der Revolution von 1910 und des Verfassungsauftrages auf ethnische Gleichheit von 1917 waren längst überfällig. Gleichzeitig bedeutete es die Umsetzung des von der mexikanischen Regierung bereits ratifizierten Artikels 169 der ILO, der den indigenen Völkern Autonomie zubilligt. Und tatsächlich wurde 1996 ein Gesetz für Indigene Rechte und Kultur von der EZLN und der mexikanischen Regierung in San Andrés in Chiapas unterzeichnet – ein außergewöhnlicher Erfolg einer Guerilla! In diesem Gesetz wurde den indigenen Gemeinden in ganz Mexiko Autonomie zugesichert, die territoriale Souveränität über ihre Gebiete, kollektives Eigentum und juristische Selbstbestimmung beinhaltete. Das Gesetz bot jedoch Zündstoff für einen grundsätzlichen Interessenkonflikt. Die Territorien, die unter der Verfügungsgewalt indigener Gemeinden standen, bergen begehrte strategische alte und neue Rohstoffe wie Erdöl, Erdgas, Wasser und Biodiversität in sich, die im Zuge der neoliberalen Transformation der mexikanischen Gesellschaft verstärkt in den Blickwinkel transnationaler Unternehmen und der mit ihnen verbundenen neuen Eliten gerieten, die das Hauptinteresse des Staates darauf orientierten, nationales Territorium für ausländische Investitionen zur Verfügung zu stellen. Nach dem Indigenengesetz hätten Investitionen und Entwicklungspläne nur mit der Einwilligung der indigenen Gemeinden realisiert werden können. Aus jenen Gründen kam es unter den Bedingungen des Wirksamwerdens der NAFTA und dem Machtgewinn transnationaler Unternehmen in der Wirtschaft und Politik weder zur Ratifizierung des hart erkämpften Gesetzes, noch wurden die vorgesehenen weiteren Verhandlungsrunden begonnen. Ein weiterer Faktor war die stetig wachsende Einbindung Mexikos in die imperialen Machtambitionen der USA. Mexiko übernahm die Rolle als Stellvertreter und Polizeikraft der USA in Lateinamerika.¹ Eine tief greifende Transformation der mexikanischen Gesellschaft über neue Gesetze, die den Interessen der transnationalen Unternehmen widersprachen, erwies sich als nicht mehr durchführbar. Das unterschriebene Indigenengesetz wurde durch Gegenvorschläge des neuen Präsidenten Zedillo Ende 1996 unannehmbar und gleichzeitig der militärische Druck auf die aufständischen Gemeinschaften durch einen Krieg niedriger Intensität verstärkt, dessen Ergebnis hunderte von Toten und hunderttausende Binnenflüchtlinge war. Die Zapatistas brachen die Verhandlungen mit der Regierung ab. Die nach dem Gesetzesdesaster einsetzende Phase kann als Versuch der Selbstkonzentration bezeichnet werden.

1 Zimmering, Raina: Das mexikanische Militär: Von der Revolutionsarmee zur Polizeikraft. In: WeltTrends 13/2005/ 49: 60-72.

Die Zapatistas bestanden weiterhin auf der Ratifizierung des bereits von der Regierung unterzeichneten Indigenagesetzes und begannen auf dieser halblegalen Basis die darin festgeschriebene Autonomie in ihren Gemeinden umzusetzen. Dies taten sie mit breiter Unterstützung der in- und ausländischen Zivilgesellschaft, die über ein weit verzweigtes Netz von Menschenrechtsbeobachtung mit Verbindung zu internationalen Organisationen wie eine Schutzmacht über die Einhaltung der Regierungszusagen wachte. Auf diese Weise konnten trotz der quasi militärischen Besetzung von Chiapas und den Aktivitäten paramilitärischer Gruppen Gewaltakte eingedämmt, ein heißer Krieg verhindert und das Überleben der Aufständischen über einen Zeitraum von 12 Jahren ermöglicht werden. Die Zapatistas konzentrierten sich jetzt mehr auf indigene Forderungen, erwähnten die früher angedachten Verhandlungsthemen, die die gesamte mexikanische Nation betrafen, nicht mehr und verbanden sich mit dem »Nationalen Indigenakongress«, in dem 46 der über 60 in Mexiko vorhandenen indigenen Völker (d.h. die Mehrheit der Indigenas in Mexiko) vertreten sind. Die Versuche, eine gemeinsame Basis für gesellschaftliche Transformation mit Gruppen der Zivilgesellschaft zu finden, wie die Schaffung des Nationalen Konvents 1994 und der »Zapatistischen Front der Nationalen Befreiung« – FZLN 1996, blieben ohne nennenswerte Ergebnisse.

In dieser Zeit wurden in den zapatistischen Gemeinden eine Parallelgesellschaft aufgebaut und neue Gesellschaftsformen ausprobiert, über die nur spärliche Informationen existieren und die selbst den zivilen Beobachtern meistens verborgen blieben. Offensichtlich befinden sich diese neuen Politikformen im Zustand des Ausprobierens und wurden mehrfach umgebaut. Zu vermuten ist, dass Erfahrungen aus ursprünglich auf soziale Gerechtigkeit angelegten kapitalistischen Systemen wie in Mexiko, sozialistischen oder nichtkapitalistischen Systemen, die aus Aufständen oder Revolutionen in Lateinamerika hervorgingen, wie in Kuba und Nicaragua, aber auch Erfahrungen aus realsozialistischen Ländern ausgewertet wurden. Die politischen Prozesse in den zapatistischen Gemeinden basieren auf Basisdemokratie indigenen und anarchistischen Couleurs, die ein Höchstmaß an politischer Partizipation gewährleisten. Ausdruck dessen ist die zeitweise Ausübung politischer Ämter durch jedes einzelne Gemeindemitglied und die auf Einstimmigkeit beruhende Entscheidungsfindung in den Vollversammlungen der Gemeinden. In größeren, den Gemeinden übergeordneten Verwaltungseinheiten sind auch vertretungsdemokratische Methoden, wie gewählte Vertreter und Kommissionen, vorhanden.

Der halblegale Aufbau der Autonomie konnte jedoch nur eine Zwischenstation darstellen, denn die Bevölke-

rung in den zapatistischen Gemeinden ist durch den Krieg niederer Intensität, die mangelhaften wirtschaftlichen, Bildungs- und Gesundheitsressourcen, die Zersetzungstaktik der Regierung, Probleme bei der Selbstversorgung und wachsende Konflikte in den gespaltenen Gemeinden riesigen Belastungen ausgeliefert, die zu Ermüdungserscheinungen führten. Dies zeigte sich in wachsenden Unterschieden zwischen den Gemeinden durch das Ungleichgewicht der Verteilung von Hilfeleistungen von außen, in einem hohen Krankenstand, in wachsenden Konflikten zwischen Gemeindemitgliedern, Verwahrlosungserscheinungen bei benachteiligten Gruppen und einer zunehmenden Übernahme von zivilen Aufgaben durch das militärische Kommando der EZLN, was dem eigenen Anspruch auf zivile Basisdemokratie widersprach.

Eine letzte Anstrengung, das 1996 ausgehandelte Indigenagesetz in der Phase der politischen Krise der PRI und unter der neuen PAN-Regierung von Vicente Fox im Jahr 2000 doch noch zu realisieren, wurde durch die grundlegende Veränderung des Vertragstextes bei der Ratifizierung im Parlament 2001 obsolet. Die Ratifizierung war somit nicht die Umsetzung des Gesetzes in politische Realität, sondern dessen totale Unterminierung. Die wichtigsten Punkte wie territoriale Souveränität, kollektives Eigentum und Rechtshoheit wurden aus dem Gesetz gestrichen. Es erwies sich als unrealistisch, dass Veränderungen zugunsten einer ausgegrenzten sozialen Gruppe auf staatlicher Ebene in der Zeit neoliberaler Globalisierung möglich wären, wenn die Existenzsicherung dieser Gruppe im Gegensatz zu den Interessen transnationaler Unternehmen steht. Besonders schmerzhaft für die EZLN war, dass die PRD diesen Verrat im Parlament voll mitgetragen hatte. Bisher hatte die EZLN mit der Unterstützung dieser Partei für ihre Vorhaben gerechnet, was ihr auch in Unterredungen führender Mitglieder zugesichert worden war.

Die »Andere Kampagne – Netzwerk sozialer Bewegungen«

Diese Entwicklungen veranlasste die EZLN zu einem grundlegenden Strategiewandel. Der Weg, durch Protest und eine Serie von Gesetzesinitiativen für ganz Mexiko einen gesamtgesellschaftlichen Wandel und Errichtung eines sozial gerechten Systems zu erreichen, war nicht geglückt, ebenso wenig wie der Versuch, die Rolle der Indigenas in der mexikanischen Gesellschaft über das Gesetz für Indigene Rechte und Kultur zu verbessern. Es war auch nicht gelungen, für diese Veränderungen eine breite zivilgesellschaftliche Basis aufzubauen. Gleichzeitig waren die Autonomieanstrengungen und die Parallelgesellschaft in den zapatistischen Gemeinden unter den Bedingungen des Krieges niederer Inten-

sität und der Selbstversorgungsschwierigkeiten an ihre Grenzen geraten. Auch die Hilfe der nationalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen hatte ihre Grenzen, die letztendlich Massaker, den Dauerdruck auf die Bevölkerung und Verarmung der Gemeinden zwar aufhalten, doch nicht verhindern, geschweige denn beseitigen konnten.

In dieser Situation unternahm die EZLN einen grundlegenden Check-up ihrer Lage und entwickelte eine neue Strategie. Aus diesem Grunde löste die EZLN Mitte 2005 einen »Roten Alarm« aus, der die militärische Mobilisierung der Guerilla und die Schließung der zapatistischen Gemeinden beinhaltete. In dem abgeschotteten und militärisch gesicherten Gebiet fand eine basisdemokratische Diskussion statt, die Themen der eigenen Situation nach dem Scheitern des Indigenagesetzes, das Verhältnis zur mexikanischen Gesellschaft und zum Staat und die Bündnismöglichkeiten zum Inhalt hatte. Danach organisierte Die EZLN mehrere Treffen mit verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft aus ganz Mexiko. Das Ergebnis der Diskussion wurde in der »Sechsten Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald« in drei Abschnitten bekannt gegeben. Mit ihr wurde die »Anderer Kampagne« verkündet, mit der von »links unten« eine Initiative zur Veränderung der mexikanischen Gesellschaft eingeleitet werden sollte, die sich von der offiziellen Wahlkampfkampagne für die Präsidentenwahlen im Juli 2006 strikt abgrenzt und eine außerparlamentarische Alternative in die Wege leiten soll.

Es wurde auch die Neuordnung der Organisationsbasis der zapatistischen Gemeinden bekannt gegeben. Die Aguacalientes – Zentralpunkte der zapatistischen Gemeinden, die Versammlungsorte und Treffpunkte mit der Zivilgesellschaft waren, wurden in sogenannten Caracoles (Schnecken) umgewandelt, die nun wie Bezirkshauptstädte funktionieren. Sie sind Sitz der »Juntas de Buen Gobierno« (Räte der Guten Regierungen), der obersten Verwaltungseinheiten des zapatistischen Gebietes. Wie schon zuvor gibt es eine kollektive dezentralisierte Leitung, die jetzt aber innerhalb eines strikt geordneten institutionellen Rahmens mit klaren Zuordnungen funktioniert. Diese neue Verwaltungsstruktur ist strenger gegliedert als zuvor, wo sich vieles nach dem Zufallsprinzip entwickelte und zu den genannten Ungleichgewichten zwischen den Gemeinden führte. Von nun an soll z.B. eine Gleichverteilung der äußeren Hilfeleistungen, der Gesundheitsfürsorge und Bildungsaktivitäten stattfinden, ausländische Beobachter sollen eigens für sie geschaffene Ansprechpartner haben und auf alle Gemeinden verteilt werden. Das zunehmende Engagement des zapatistischen Heeres im Zivilleben der Zapatistas wird durch klare Funktionszuschreibungen als militärische Organisation zurückgedrängt und die zivile Führung gestärkt.

Weiterhin gab die »Sechste Erklärung« die Aufteilung der aufständischen Armee in drei Teile bekannt. Der größte Teil des Oberkommandos des CCRI (Geheimes Revolutionäres Indigenes Komitee) soll die zapatistischen Dörfer bewachen und deren Autonomie verteidigen. Ein zweiter Teil des CCRI wird die »Intergalaktische Kommission« bilden, die für die internationalen Aspekte der Kampagne zuständig ist und der dritte Teil, die sogen. Sechste Kommission der EZLN, leitet die nationalen Angelegenheiten und wird die sogen. Andere Kampagne (AK) führen. Die AK wird sich über mehrere Jahre und in mehreren Stufen hinziehen. Die erste Stufe ist eine Rundreise der »Sechsten Kommission« von einem halben Jahr durch alle 32 Bundesstaaten Mexikos. Subcomandante Marcos, der sich in der AK »Delegierter Null« nennt, leitet die Reise und tritt als Sprecher und Koordinator in Erscheinung. Im Austausch mit den »einfachen Menschen« und anderen linken und oppositionellen Gruppen und Organisationen soll die AK die tatsächliche Situation im Land in Erfahrung bringen und linke Alternativen »von unten für unten« ergründen. Nach dieser Bestandsaufnahme soll ein »Nationaler Aktionsplan« mit allen Beteiligten der AK entwickelt werden. Die einzig konkrete Zielstellung für diese linke Alternative ist die Ausarbeitung und Umsetzung einer neuen antikapitalistischen Verfassung für Mexiko.²

Teilnehmer der »Anderen Kampagne«

Die AK distanziert sich, wie zuvor die Zapatisten, von den großen legalen politischen Parteien und lehnt jegliche Bündnisse mit diesen ab. Sie unterstreicht, dass keiner der Präsidentschaftskandidaten eine Lösung für die politische und soziale Krise bietet. Der Kandidat der PRI (Partei der institutionalisierten Revolution), Roberto Madrazo, würde für die Rückkehr zum autoritären und korrupten System der PRI stehen, der Kandidat der PAN (Partei der Nationalen Aktion), Felipe Calderon, würde die rechten Kräfte stärken, die für eine Einbeziehung von Armee und Polizei in das zivile Leben plädieren, und Andrés Manuel Lopez Obrador, der Kandidat der PRD (Partei der Demokratischen Revolution), würde die Einbindung des Landes in die neoliberale Globalisierung weiter vorantreiben. Die Kritik der AK an der PRD nahm dabei einen besonders breiten Raum ein. Entgegen früheren Annäherungsversuchen der Zapatisten distanzieren sich die AK ausdrücklich von dieser Partei, der sie die Annahme des verstümmelten Indigenagesetzes durch die PRD-Vertreter im Parlament 2002 und Verantwortung für Massaker und Morde in indigenen Gemeinden vorwirft. Die harsche Kritik an

2 http://www.chiapas.at/ezln/sexta/sechste_erklaerung.htm

der PRD stieß bei vielen bisherigen linken Anhängern der EZLN auf Ablehnung, da sie die PRD gegenüber der PRI und der PAN als das kleinere Übel betrachten und die AK letztendlich als Mittel sehen, dass den Rechten in die Hände spielt und die Position von Lopez Obrador schwächt. Die einflussreiche Stadtteilbewegung »Frente Popular Francisco Villa« wirft der AK Separatismus vor. Marcos jedoch bezeichnet die Unterstützer der PRD als »neoliberale Linke«.

Die Teilnehmer der AK gehören in erster Linie zur Zivilgesellschaft. Die Zapatisten verwenden seit Jahren diesen Begriff als Synonym für politisch, sozial und kulturell Ausgegrenzte und für Menschen, die Verlierer der neoliberalen Entwicklung sind. Sie schließen auch ausdrücklich die großen Unternehmer aus. Aus diesem Grunde bestand die Anhängerschaft der Zapatisten aus einer sozial sehr gemischten Gruppe, in der sich Indigenas, Bauern, Aktivisten, Umweltschützer, Intellektuelle, Studenten, sexuell Ausgegrenzte, Künstler, Arbeiter von unabhängigen Gewerkschaften, Rockgruppen und Slumbewohner zusammenfanden. Soziale Bewegungen, die die Angelegenheiten dieser Gruppen vertreten, waren immer besonders wichtig. Diese Rezipientenschaft ging zum großen Teil in der AK auf oder zählt sich zu ihren Anhängern. So traf sich die AK z.B. in Tabasco mit der »Unabhängigen Zapatistischen Bauernbewegung« (MAIZ), dem »Komitee für Gewerkschaftsbewegung und -orientierung« (CAOS), der »Ländlichen Indigenen und Volksgewerkschaftsfront« und mit Kulturschaffenden des Schriftstellerworkshops »Erwachen der Jaguar«. In Mexiko-Stadt diskutierten die AK u.a. mit Rockgruppen wie Maldita Vecindad und der Ska-Band Panteón Rococó, mit dem sozialen Zentrum »La Pyramide«, der »Antiautoritären Revolutionären Jugend« und dem Piratensender »Radio Zapote«. In Guanajuato, der konservativen Geburtsstadt von Präsident Fox, erklärte sich die AK solidarisch mit den Sexarbeiterinnen. An verschiedenen Orten wie in Oaxaca und im Norden des Landes stellten indianische Gruppen ihr Leiden und ihre Widerstandsformen dar. Einen großen Anteil an der AK macht der »Nationale Indigenakongress«, der anlässlich der Rundreise erneut abgehalten wurde und Bauernbewegungen wie die starke Bauernorganisationen »El campo no aguanta más« aus dem Süden Mexikos ein. Besonders wichtig waren Treffen mit Maquiladoraarbeiterinnen und mit Migrantengruppen im Norden des Landes.

Entsprechend der Absicht, den ländlichen mit dem städtischen Widerstand zu verbinden, entstand eine neue Bündnisstrategie mit anderen linken Parteien und Gewerkschaften. Dabei unterscheidet die AK zwischen den großen staatstragenden politischen Parteien und den kleineren, nicht anerkannten und nicht zu den Wahlen zugelassenen. Die gleiche Unterscheidung wird bei den Gewerkschaften unternommen. In der Sechsten

Erklärung heißt es: »Vielleicht wäre es möglich, gemeinsam mit anderen sozialen Sektoren, die die gleichen Entbehrungen wie wir haben, das zu bekommen, was wir benötigen und verdienen...Ein weiterer Schritt für den indigenen Kampf nach vorn geht nur, wenn der Indigena sich mit Arbeitern, Bauern, Studierenden, Lehrern und Angestellten zusammenschließt, das heißt mit den Arbeitern der Stadt und des Landes.«³ So trat die AK mit linken Parteien und Organisationen wie der Sozialistischen Volkspartei Mexikos und der Partei der Kommunisten in Verbindung. In Guanajuato traf sich die AK mit der »Bewegung der Revolutionären Linken« – MIR. Außerdem koordinierte sich die AK auch mit der gewerkschaftlichen Organisation »Nationale Einheit gegen den Neoliberalismus«, der die kampfstärke und prozapatistische Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter (SME), die CNTE (Erziehungsgewerkschaft), die Mexikanische Gewerkschaftsföderation – FSM und weitere soziale Organisationen angehören. Über 1000 Gruppen und Organisationen aus allen 32 Bundesländern schlossen sich der »Anderen Kampagne« an. Der ehemalige Rektor der UNAM (Autonome nationale Universität von Mexiko) Pablo González Casanova betonte, dass die AK als »Bewegung der Bewegungen« zu einer Alternative zum parteipolitischen Modell heranwachsen kann.

Zielsetzungen der »Anderen Kampagne«

Wie aus der »Sechsten Erklärung« hervorging, ist das Hauptziel der AK die Errichtung einer Alternative zum gegenwärtigen System, in dem alle Menschen Mexikos in Würde leben können. In der ersten Etappe geht es darum, eine Bestandsaufnahme der ausgeschlossenen Gruppen und ihrer Kämpfen zu machen, ein außerparlamentarisches Bündnis zu organisieren, um dann in einem weiteren Schritt einen antikapitalistischen nationalen Kampfplan zu entwickeln.

Es soll ein gemeinsamer Raum geschaffen werden, um die Isolation der verschiedenen sozialen Bewegungen zu überwinden. Es geht den Zapatisten auch darum, die Erfahrungen des ländlichen Widerstands und die alternativen Lebensweisen der ländlichen Gemeinden, mit anderen Lebensbereichen, besonders mit städtischen Kulturen zu verbinden.

Die Initialzündung für eine Alternative zur neoliberalen Entwicklung kam in Mexiko, wie auch in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern, aus den ländlichen bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften. In Brasilien, Bolivien und Ecuador führten indianische und Bauernbewegungen zum Sturz neoliberaler Regie-

3 Pohl, Günter: Hoffnung links unten. Die EZLN-Guerilla öffnet sich den Linken. In: *ila* 294, April 2006: 29.

rungen und brachten neue links orientierte Präsidenten an die Macht. Die Zapatisten sind jedoch nicht nur Protestbewegung, sondern auch praktische Konstrukteure einer alternativen Gesellschaft, wie dies ihre 12jährige Erfahrung im Aufbau alternativer basisdemokratischer Gesellschaftsformen beweist. Insofern ging die Initialzündung zu einer Gesellschaftstransformation in Mexiko von den zapatistischen Gemeinden aus. Die Frage ist nur, wie man Basisdemokratie und horizontale und nichthierarchische politische Systeme in städtischen Gemeinschaften und innerhalb der Großindustrie verwirklichen kann.

Was bei der AK auffällt, ist eine Hinwendung zum Antikapitalismus, der in der »Sechsten Erklärung« bereits auftauchte und bei allen Stationen der Reise beständig erneut betont wird. In den vorangegangenen Jahren wurde überwiegend der Neoliberalismus von den Zapatisten angeprangert, was oft den Eindruck hinterließ, als sei eine antikapitalistische Initiative weniger wichtig, als die neoliberalen »Auswüchse« zu bekämpfen. Sicher ist die Hinwendung zum Antikapitalismus auch ein Ergebnis des Austausches mit anderen sozialen Bewegungen und Gruppen aus dem städtischen Umfeld und der Industrieproduktion, besonders der in den Weltmarktfabriken, den Maquiladoras.

Der Atenco-Konflikt verändert die »Andere Kampagne«

Die AK hatte Anfang Mai bereits 20 der 32 Bundesstaaten bereist und hatte sich mit fast 1000 verschiedenen Organisationen getroffen.

Am 3. Mai 2006, nachdem die »Andere Kampagne« zwei Tage zuvor den Ort San Salvador Atenco besucht hatte, wurde ein seit langem bestehender Blumenmarkt der Gemeinde von der Bundespolizei (PFP) gewaltsam geräumt. Der Blumenmarkt, die Haupteinnahmequelle der Menschen der Region, war nicht genehmigt gewesen, aber durch sein langes Bestehen zum Gewohnheitsrecht geworden. Die Räumung illegaler Märkte ambulanter Händler ist in Mexiko übliche Praxis, diese in Atenco zeichnete sich jedoch durch eine unverhältnismäßig große Härte aus. Hintergrund ist, dass die Gemeinde sich 2002 erfolgreich gegen den Bau eines Flughafens auf ihren Ländereien gewehrt hatte und unter der zivilgesellschaftlichen Organisation »Front der Völker zur Verteidigung der Erde« (FPDT) Prozesse der Selbstverwaltung entwickelt hatte. Antisubversionsspezialisten der Staatlichen Präventivpolizei (PFP), des »Zentrums für Aufklärung und Nationale Sicherheit« (Cisen) und der »Agentur für Sicherheit des Bundesstaates von Mexiko« (ASE) planten und Präsident Fox genehmigte die »Operation Rettung« als militärische chirurgische Operation in Atenco,⁴ um die Kon-

trolle über die Gemeinde wieder zu gewinnen und im Vorfeld der Wahlen den Eindruck von Durchsetzungsvermögen der PAN zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit zu vermitteln. Der Polizeieinsatz sollte gleichzeitig ein Warnzeichen gegen die AK sein und reihte sich damit in die zunehmenden Repressalien gegen die AK auch an anderen Orten ein.

Als Reaktion auf den Räumungseinsatz der Polizei hin entstand eine Art spontaner Aufstand der Händler und Dorfbewohner, die sich in einer neunstündigen Straßenschlacht verteidigten und die Zufahrtstrassen zur Gemeinde besetzten. Dabei kam ein 14jähriger Junge ums Leben und es gab über 300, z.T. schwer Verletzte. Am 4. Mai besetzte die Bundespolizei mit 3000 Mann die Gemeinde und nahm 217 Personen fest. Die Festnahmen waren entsprechend der Berichte verschiedener Augenzeugen von Folter, Zerstörung von Gebäuden und Wohnungen, Vergewaltigungen und Mordandrohungen begleitet. Viele Personen sind bis heute verschwunden geblieben. Besonders prekär ist, dass die festgenommenen Frauen Vergewaltigungen, z.T. Massenvergewaltigungen, erleiden mussten. Eine Woche später klagte die Staatsanwaltschaft 198 Verhaftete wegen der »Bildung einer kriminellen Vereinigung« an. Die Inhaftierten von Atenco traten aus Protest in einen Hungerstreik.⁵

Ziemlich schnell nach dem Konflikt in Atenco unterbrach die AK ihre Reise und gab bekannt, dass sie diese erst nach der Freilassung der politischen Gefangenen fortsetzen will. Zur gleichen Zeit erklärte die EZLN in den zapatistischen Gemeinden erneut den »Roten Alarm« und schloss die Caracoles. Auch acht andere Guerillaorganisationen in Mexiko, wie die EPR, mobilisierten sich. Die AK rief zum landesweiten zivilen Ungehorsam auf. Daraufhin entstand in ganz Mexiko eine breite Protest- und Solidaritätsbewegung. Die AK veranstaltete einen Protestmarsch von Chapingo nach Atenco, an dem sich nach verschiedenen Angaben zwischen 4000 (Marcos) und 8000 (indymedia) Menschen beteiligten. Schließlich kam es in Mexiko-Stadt zu einem riesigen Protestmarsch auf der »Avenida de la Reforma«, an dem über eine Million Menschen teilgenommen haben sollen. Die Proteste in Form von Kundgebungen, Petitionen und Straßenblockaden breiteten sich inzwischen auf das ganze Land aus. Die Protestaktionen erlangten auch internationalen Charakter. Vor den mexikanischen Botschaften und Konsulaten in 22 Ländern fanden zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen statt.

Die Hauptforderungen beziehen sich auf fünf zentrale Punkte:

- 4 Fazio, Carlos: El rescate de Atenco planeado por PFP y aprobado por Fox. In: La Jornada vom 20.05.2006.
- 5 Gerold Schmidt: Erst geknüppelt, dann vergewaltigt. Eine Woche danach: Polizeiübergrieffe in Atenco beschäftigen Mexikos Innenpolitik immer stärker. In: Junge Welt vom 11.05.2006

1. Durchführung einer Untersuchung zur Aufklärung der Ereignisse in Salvador Atenco
2. Die Bestrafung derjenigen, die für den Tod des 14-jährigen Jungen verantwortlich sind
3. Sicherheitsgarantien für die 217 Gefangenen
4. Aufklärung des Schicksals der verschwundenen Personen
5. Unverzügliche Freilassung der Gefangenen

Dem Aufruf der AK, am 19.05.2006 einem Nationalen Protesttag durchzuführen, folgten friedliche und zivile Aktionen in allen Bundesländern, Regionen, Bezirken und Städten in Mexiko und in verschiedenen Ländern der Welt, auch in Deutschland. Außerdem berief die Kommission ein landesweites Treffen der »Anderen Kampagne« in Mexiko-Stadt am 28.05.2006 ein, um einen weiteren Marsch vom Angel de la Independencia bis zum Zocaló (Hauptplatz) zu veranstalten. Am Tag darauf soll eine Vollversammlung der AK in der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko stattfinden.

Wird es einen Flächenbrand in Mexiko geben und was wird aus der »Anderen Kampagne«?

Aus der Zuspitzung des Konfliktes um Atenco könnte ein Flächenbrand in ganz Mexiko entstehen. Es ist zu vermuten, dass die Regierung im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen diesen Flächenbrand verhindern möchte. Andererseits wollen rechte Gruppen innerhalb der politischen Elite den Atenco-Konflikt ausnützen, um den aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten der PRD Lopez Obrador zu verdrängen und gleichzeitig eine harte Linie gegenüber den Zapatisten zu fahren.

In der gegenwärtigen Situation sind mehrere Varianten denkbar: Falls sich die Gruppierung der rechten bis rechtsextremen Hardliner der PRI und der PAN durchsetzen und die soziale Mobilisierung mit Gewalt beenden würden, könnte es zum Angriff gegen die Zapatisten und eine gewaltsamen Repression gegen die sozialen Bewegungen kommen. Aus rechten Kreisen der COCOPA (Parlamentarische Kommission für Frieden und Versöhnung, in der Vertreter aller Parteien eine Friedenslösung mit der EZLN aushandeln sollen) kam bereits der Vorschlag, das Dialoggesetz zu beenden und Marcos zu verhaften. Die rechten Medien veranstalteten einen regelrechten medialen Krieg gegen die aufständische Gemeinde von Atenco und riefen das Militär zum Eingreifen auf, um Ordnung im Lande schaffen. Sie verbreiteten die Verschwörungstheorie, dass die AK und die Zapatisten den Konflikt von Atenco vorsätzlich inszeniert hätten, um das Land zu destabilisieren.

Für den Ausgang der momentanen politischen Krisensituation ist auch die Haltung der mexikanischen Sicher-

heitskräfte wichtig, die in den letzten Jahren auf die Doktrin der »Nationalen und Kontinentalen Sicherheit« eingeschworen wurden. Darin verankert ist der Plan »Sicheres Mexiko«, der mit dem Nordkommando der USA abgestimmt ist, und dessen Prämissen in der Terrorismusbekämpfung, Migrationseindämmung und im Antidrogenkrieg liegen, unter deren Deckmantel Counterinsurgency betrieben wird. Dieser Plan wurde in Mexiko schon einige Male zur Anwendung gebracht und geübt. Hierbei ist die Neupositionierung der Sicherheitskräfte wichtig, die einerseits als private Kriegsunternehmer starke Eigeninteressen entwickeln und andererseits als Vollstrecker der geostrategischen Pläne der USA und der Interessen des transnationalen Kapitals agieren. Es kommt jetzt auf den Einfluss der Militärs auf die Regierung und die Empfehlungen des Kommandos Nord der USA zur Konflikteindämmung an. Eine Extremvariante wäre, dass im Rahmen des Planes »Sicheres Mexiko« der Ausnahmezustand ausgerufen, Marcos verhaftet, die EZLN militärisch angegriffen und die AK gewaltsam aufgelöst werden würden. Dies würde höchstwahrscheinlich in einen Bürgerkrieg, ein autoritäres repressives Vorgehen der Sicherheitskräfte, einen Guerillakrieg in fast allen Bundesstaaten, in massive internationale Proteste und in hohe wirtschaftliche Verluste münden.

Es dürfte auch schwer fallen, die Zapatisten und die AK auf Grund ihrer ausgesprochen friedlichen und zivilen Ausrichtung mit dem Terrorismus in Verbindung zu bringen. Bei der gewaltsamen Lösung des Konfliktes müsste das Militär an unendlich vielen Orten in allen mexikanischen Bundesstaaten gegen friedlich protestierende Menschen vorgehen, was die Pläne zur Counterinsurgency so nicht vorsehen, da sie auf militärische Aktionen und Destabilisierungseffekte gegen bewaffnete Guerillagruppen orientieren. Wenn das Militär das breite Netz sozialer Proteste im ganzen Land mit Waffengewalt unterdrücken wollte, wäre das nur mithilfe einer Militärdiktatur möglich. Offene Militärdiktaturen jedoch widersprechen zutiefst der mexikanischen politischen Kultur und Tradition und würden außerdem den Mythos über die Heilkräfte der Weltmarktintegration im Musterland neoliberaler Anpassung in ganz Lateinamerika zutiefst beschädigen. Es ist auch nicht abzusehen, was für Auswirkungen eine Militärdiktatur in Mexiko auf die USA haben würde, in denen inzwischen 10 Mio. Mexikaner leben sollen.

Angesichts der schlechten Aussichten auf eine gewaltsame Lösung des Konflikts, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Regierung unter Fox durch Teilzugeständnisse die Lage zu beruhigen versuchen wird und die AK eventuell, wie vorgesehen, fortfahren könnte. Mit Sicherheit wird die alt bewährte Praxis der mexikanischen Regierung, die Protestierenden auseinander zu bringen, auch in diesem Falle Anwendung finden. So

wird man zwischen »guten« und »schlechten« Anhängern der AK unterscheiden, die »schlechten« isolieren und schließlich gegen sie mobilisieren. Doch befindet sich die mexikanische Elite in einem Dilemma. Selbst zerstritten und in sich bekämpfende Gruppen zerfallen, steht sie einer vernetzten sozialen Bewegungen gegenüber, die ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln möglich macht und damit dem herrschenden Block überlegen ist. Die Aussage von Präsident Fox auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel im Mai 2006 in Wien, dass die Vorgänge um Atenco juristisch untersucht werden müssten, und die Erklärung des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (SSP) am 19.05.2006, dass drei Polizisten in Atenco ihre Dienstpflicht verletzt hätten,⁶ lassen vorerst auf eine Deeskalationsstrategie der Regierung schließen. Durch minimale Zugeständnisse versucht man dem Protest den Schwung zu nehmen. Das überraschende Angebot des PRI-Kandidaten Madrazo, mit Lopez Obrador von der PRD zusammenarbeiten zu wollen, zeigt, dass man angesichts der Gefahr des Verlustes der politischen Initiative, die Notwendigkeit sieht, eine gemeinsame Front gegen die Mobilisierung von unten aufzubauen und die tiefen Konflikte zwischen PRI und PRD abzuschwächen. Die Deeskalationsvariante ist allerdings mit dem Problem konfrontiert, dass der Ruf der Regierung durch Atenco derart beschädigt ist, dass ein Zurückdrehen der Konflikte großen Schwierigkeiten gegenüberstehen dürfte.

Für die EZLN wäre eine Zuspitzung der Lage durch ihre Ablehnung von Gewalt, ihrer Machtabstinenz und dem Wissen um den geringen politischen Handlungsspielraum angesichts der neoliberalen Globalisierung eine Herausforderung, die nur schwer zu bewältigen wäre. Ihre Strategie ist nicht auf spontane politische Lösungen angelegt, wie dies dem Vorgehen der sozialen Bewegungen in Argentinien während des Aufstandes 2001/2002 entsprach. Die Aktionen der Zapatisten zeichneten sich durch lang geplantes, gut überlegtes und in sich konsistentes Handeln aus. Der Aufstand 1994 war 10 Jahre lang vorbereitet worden. Auch wenn die Zapatistas ihr Vorgehen immer wieder der veränderten Lage anpassten, so ließen sie sich niemals auf spontane, unüberlegte Handlungen ein. Auch erfordert der spezifische basisdemokratische Meinungsbildungsprozess in der EZLN immer eine auf längere Zeit ausgerichtete Vorgehensweise. Da die AK nach einer ähnlichen Methode funktioniert – Ideensammlung von der Basis her – Koordination – Konzepte – Handeln – wird die zeitliche und Handlungslogik der AK gestört. Die unvorhergesehene Beschleunigung der Auseinandersetzung um Atenco konterkariert die typisch zapatistische Vorgehensweise und den Stufenplan der AK. Die politischen Aktionen der AK im Zusammenhang mit dem

Atenco-Konflikt waren eigentlich für die letzte Phase vorgesehen. Die AK, die sich als die Initialzündung für Veränderungen »von unten für unten« versteht, war aber gezwungen, sich innerhalb des Konfliktes zu positionieren. Ihrem Hauptprinzip der Gewaltlosigkeit folgend rief die AK zu einer friedlichen und zivilen Lösung des Konfliktes auf und orientierte sich vorerst auf die Freilassung der Gefangenen von Atenco. Doch die Zuspitzung der Ereignisse und die landes- und weltweiten Mobilisierungen drängten die AK zu weitergehenden Schritten, die nicht mehr nur den Konflikt in Atenco betreffen, sondern den sozialen Konflikt zwischen den Verlierern und Gewinnern der neoliberalen Globalisierung in Mexiko überhaupt.

Aussicht auf ein »historisches Experiment« in Mexiko

Auch wenn die Phase des Brain Storming der AK noch nicht beendet war und die Phase der Entwicklung eines nationalen Aktionsplanes noch nicht einmal begonnen hatte, änderte die AK ihren Plan und stellte sich auf einen gesellschaftlichen Umbruch ein. Ausdruck dessen ist, dass Marcos das erste Mal seit 1994 die Absetzung der Regierung forderte. Hierbei berief er sich, wie auch 1994, auf den Artikel 39 der Verfassung, durch den das mexikanische Volk das Recht hat, seine Regierung zu wechseln. Der Unterschied zu 1994 ist, dass die Absetzung mit friedlichen Mitteln erfolgen soll. Marcos sagte dazu: »Das klassische Bild ist eine bewaffnete Armee oder ein Sturm auf den Winterpalast (und dann hat man die Revolution). Und die Andere Kampagne sagt nein, wir werden vereint entdecken, wie stark wir sind, und was wir alles schaffen können, aber immer dem zivilen und friedlichen Weg verpflichtet, mit vielen guten Ideen und Vorschlägen, die von unten kommen. Es geht hier nicht um einen bewaffneten Aufstand oder ein Zentralkommando.«⁷

Allerdings reiche ein Regierungswandel nicht aus, das ganze System muss geändert werden.

Der Aufruf zum Systemwechsel war in dieser Weise von den Zapatisten noch nicht ausgesprochen worden. Bisher kritisierten sie die neoliberale Politik, die sie durch Gesetzesinitiativen reformieren wollten. Die strikte antikapitalistische Positionierung der AK impliziert eine grundlegende Systemveränderung, die sich jedoch friedlich vollziehen soll. Die Durchführbarkeit eines friedlichen Wandels sieht Marcos dadurch gegeben, weil die staatlichen Fundamente der politischen Klasse zerrüttet seien und gegen den hohen Mobilisierungs- und Vernetzungsgrad der sozialen Bewegungen in Mexiko jede landesweite Gewalt nichts ausrichten könne.

6 Castillo Garcia, Gustavo: Elementos de la PFP »violaron el reglamento«: Medina Mora. I: La Jornada vom 20.05.2006.

7 Bellinghausen, Hermann: Marcos am 25.01.06 in Villahermosa, Tabasco in: La Jornada vom 27.01.06.

Die AK muss sich quasi gegen zwei Richtungen durchsetzen: Zum einen gegen das Lager der neoliberalen Politiker und Unternehmer und das Militär und zum anderen gegen linke soziale Gruppen, zu denen fast alle anderen Guerillaorganisationen des Landes gehören, die eine gewaltsame Variante des Konfliktes anstreben. In dieser Hinsicht ist das Interview von La Jornada mit Marcos aufschlussreich, in dem er vor einer gewaltsamen Revolte warnt. Er sagte, dass die AK im Gegensatz dazu ein »gewaltloser Aufstand«, der »alle Kämpfe und Widerstände vereint« ist, und dass »alle linken politischen Organisationen zusammenkommen (werden)... Sie (die AK) wird in diesem Land eine noch nie da gewesene kulturelle, politische, wissenschaftliche und humanistische Bewegung schaffen, von unten und von links.«⁸

Wenn es den moderaten Kreisen der politischen Elite nicht gelingt, sich gegen die rechtskonservativen durchzusetzen oder die Deeskalationsstrategie auf Grund der Tiefe des sozialen Konfliktes nicht mehr durchführbar ist, könnte sich in Mexiko ein völlig neuer Typus gesellschaftlichen Wandels vollziehen. Auch wenn die Zusammenarbeit der sozialen Bewegungen, linken Organisationen, Parteien und Gewerkschaften noch nicht ausreichend institutionalisiert und konzeptionell ausgearbeitet ist, hat die AK bereits eine intensive Vernetzungsarbeit geleistet und eine organisierte Basis der Opposition zum kapitalistischen System und der neoliberalen Politik geschaffen. Außerdem würde die von den Zapatisten seit 12 Jahren aufgebaute Gegenöffentlichkeit und die breite zivilgesellschaftliche nationale und internationale Unterstützerbasis, besonders in Form der Menschenrechtsarbeit, einen wirksamen Schutzschild für einen Umbruch darstellen. Vorstellbar wäre, dass die AK einen »friedlichen Aufstand« initiieren, die Absetzung der Regierung erwirken und das politische System der repräsentativen Demokratie durch basisdemokratische Komitees, Räte und »Runde Tische« vorübergehend ersetzen und eine neue Verfassung einbringen würde. Gleichzeitig ständen eine gerechte Verteilung der Reichtümer des Landes und die Regelung der Besitzfrage an. Die Durchführung einer völlig neuen politischen nichtstaatlichen Organisationsstruktur, die auf Basisdemokratie, Offenheit und Reduzierung des Regierens auf die Verwaltung von Sachen beruhen würde, wäre dann ein längerfristiger Prozess, der sicher eine der größten Herausforderungen eines solchen Experiments wäre. Denn dieses System würde tatsächlich historisches Neuland betreten, da es in der Neuzeit bisher keine nichtstaatlichen Gesellschaften gegeben hat. Fraglich ist auch, wie ein alternatives Wirtschaftssystem unter den Bedingungen neoliberaler Glo-

balisierung durchführbar ist. In diesem Punkte könnte sich das äußere Umfeld durch die alternative Entwicklung in Venezuela, Bolivien und Kuba und das Integrationsprojekt ALBA als günstig erweisen. Auch die Bindung der USA im Nahen Osten ist ein weiterer begünstigender Faktor. Im Falle der Variante des gesellschaftlichen Umbruchs in Mexiko könnte die gegenwärtige Regierung, wie in anderen lateinamerikanischen Staaten auch, durch soziale Bewegungen abgesetzt werden. Doch würden die sozialen Bewegungen nicht nur den Weg für eine andere Regierung frei machen, sondern selbst die politische Initiative übernehmen und somit ihre Selbstbegrenzung überschreiten. Sie würden nicht nur Einfluss auf Politik nehmen, sondern selbst Politik machen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind alle genannten Varianten noch offen, und deshalb ist eine eindeutige Prognose nicht möglich. Wenn sich die weiche deeskalierende Variante der Elite durchsetzen, alle Extremvarianten nicht eintreten würden und die AK, wie geplant, fortgeführt werden könnte, hat der soziale Konflikt in Mexiko im Mai 2006 zumindest bei den sozialen Bewegungen einen enormen Erfahrungs- und Lernprozess in Gang gesetzt und die Vorstellungskraft von einem neuen Gesellschaftstyp sehr weit vorangebracht.

Raina Zimmering – Jg. 1951; Prof. Dr. rer. pol. habil.; Politikwissenschaftlerin und Historikerin mit dem Schwerpunkt Lateinamerika; Lehre und Forschung seit den siebziger Jahren in Potsdam, im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB), an der Harvard-University, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Freien Universität Berlin, der Universidad Nacional Autónoma de México und der Universidad Nacional de Colombia (dort im August 2005 zur Universitätsprofessorin ernannt); Mitglied der Internationalen Zivilen Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte in Mexiko (CCIODH); Veröffentlichungen u. a.: »Der Revolutionsmythos in Mexiko« (2005); in UTOPIE kreativ: Neue soziale Bewegungen in Argentinien, Heft 181 (November 2005).

⁸ La Jornada Interview mit Subcomandante Marcos Teil 2 – Eine Regierungsform kann durch friedliche Mittel geändert werden. Von Hermann Bellinghausen La Jornada, 10. Mai 2006.

Chronologische Eckdaten der Geschichte der EZLN (Zapatistisches Heer der Nationalen Befreiung)

- 17.11.1983: Gründung der EZLN durch eine Gruppe von Studenten und Indigenas als klassische Guerilla nach dem Vorbild von Che Guevara. Gründungsmitglied Comandante German, der Architekt Yañez, Subcomandante Marcos stieß erst einige Jahre später zu dieser Gruppe hinzu
- 01.01.1994: Aufstand mit dem Ziel des bewaffneten Sturzes der Regierung in Mexiko. Militärische Besetzung von 5 Städten in Chiapas. 12 Tage Kampf zwischen Guerilla und Regierungstruppen. Bombardements der indianischen aufständischen Gebiete. Hunderte Tote.
- Januar 1994: Massenproteste im ganzen Land gegen das Vorgehen der Regierung
12. 01.1994: Waffenstillstandsabkommen zwischen der EZLN und der Regierung
- Februar bis Dezember 1994: Waffenstillstand zwischen der Regierung und EZLN. Beginn der Verhandlungen über das »Gesetz für Dialog, Versöhnung und einen würdigen Frieden in Chiapas«
- 05.– 09.08.1994: Treffen und Gründung der Demokratischen Nationalen Konvention – CND – mit der mexikanischen Zivilgesellschaft im Lakandonischen Urwald. Gründung des ersten Aguacalientes als Zentrum für politische und kulturelle Treffen.
- 01.01.1995: Gründung der Nationalen Befreiungsbewegung – MLN - zur Schaffung einer breiten Oppositionsfront mit politischen linken Parteien und sozialen Bewegungen
- 11.03.1995: Annahme des »Gesetzes für Dialog, Versöhnung und einen würdigen Frieden in Chiapas«
- 27.08.1995: nationale Befragung für Frieden und Demokratie. 50 000 Organisationen Ausländer aus 50 Ländern beteiligten sich
- September 1995: Dialog mit der Regierung. Einigung über sechs Verhandlungsrunden: 1. Rechte und Kultur der Indigenas; 2. Demokratie und Gerechtigkeit; 3. Wohlergehen und Entwicklung; 4. Versöhnung in Chiapas; 5. Frauenrechte; 6. Ende der Feindseligkeiten
- 01.01.1996: Gründung der Zapatistischen Front der Nationalen Befreiung – FZLN – als Ziviler Arm der EZLN, eine politische und unparteiische Kraft der Zivilgesellschaft
- 07.01.1996: Gründung des Nationalen Indigena- Kongresses, von dem die EZLN ein Teil ist. Zusammenkünfte der indianischen Völker Mexikos ohne Anführer und ohne Führungsspitze, die um Autonomie kämpfen
- 1996: Verhandlungen über das Gesetz über Indigene Rechte und Kultur
- 16.02.1996: Unterzeichnung der Vereinbarung über Rechte und Kultur der Indigenas durch die Regierung und die EZLN in San Andrés in Chiapas.
- 27.07.– 03.08.1996: 1. Intergalaktisches Treffen im Lakandonischen Urwald. Teilnahme von 5000 Menschen aus 42 Staaten
- 29.11.1996: Die Parlamentarische Kommission für Frieden und Versöhnung – COCOPA erarbeitet einen Gesetzesentwurf für das Indigenagesetz, mit dem sich die EZLN einverstanden erklärt.
- Dezember 1996: Ablehnung des Indigenagesetzes durch Präsident Zedillo. Gleichzeitig Intensivierung des Krieges niederer Intensität. Die EZLN bricht die Kontakte zur Regierung ab
- 1997: Zunahme der paramilitärischen Gewalt in der Zona Norte und Los Altos
- 1997: Aufbau der autonomen zapatistischen Gemeinden
- 27.07.1997: 2. Intergalaktisches Treffen
- 08.09.1997: »Marsch der 1 111« der zapatistischen Unterstützerbasis von San Cristóbal in Chiapas nach Mexiko-Stadt
- 22.12. 1997: Massaker von Acteal. Die pazifistische prozapatistische Gemeinde Los Abejas wird von Paramilitärs beim Gottesdienst hinterrücks überfallen. Es sterben 45 Menschen und hunderte sind verletzt.
- 1998 und 1999:
- wachsende militärische und paramilitärische Gewalt,
 - zapatistisches Schweigen als Antwort
 - Befragung über die Rechte und Kultur der Indigenas und ein Ende des Vernichtungskrieges
- 02.07.2000: Sieg des PAN-Kandidaten Fox bei den Präsidentschaftswahlen, Ende der 71 jährigen Herrschaft der PRI. Fox kündigt an, den Konflikt in Chiapas in 15 Min. lösen zu wollen.
- 24.01. – 28.03.2001: »Marsch der Farbe der Erde«, 23 Kommandanten fahren in Begleitung von hunderten Sympathisanten nach Mexiko-Stadt, um vor dem Parlament zu sprechen und die Annahme des Indigena-Gesetzes zu fordern.
- 28.03.2001: Das erste Mal in der mexikanischen Geschichte sprachen 3 Vertreter einer Guerilla vor dem Parlament, Comandanta Esther hielt die erste Rede und bat das Parlament, das Gesetz über indigene Rechte und Kultur anzunehmen
- 25.04.2001: Verrat der politischen Parteien: der Senat verabschiedete einstimmig durch alle großen Parteien, PRI, PAN, PRD, und Verde Ecologista das Gesetz über das Gesetz der indigenen Rechte und Kultur, das die wichtigsten Punkte ausließ.
- Ab April 2001: Intensivierung der Militarisierung von Chiapas und paramilitärische Aktionen gegen die zapatistischen Gemeinden
- 14.08.2001: Bestätigung des Indigenagesetzes durch Präsident Fox
- Juli – Oktober 2001: 330 Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz und Aufforderung zu einer Reform,
- Anfang 2002: Ablehnung der Reform durch die Abgeordnetenkammer und den Senat
- 06.09.2002: Ablehnung der Zuständigkeit für die Klagen gegen das Indigenagesetz durch den Obersten Gerichtshof Mexikos
- 17.11.2002: Gründung der Zeitschrift »Rebeldíax«, das von der EZLN unterstützt wurde
- 09.08.2003: Administrative Reform in den zapatistischen Gebieten: Umwandlungen der Aguacalientes in Caracoles und Bildung der Juntas de Buen Gobierno (Räte der Guten Regierung), Bildung von Zapatistischen Autonomen Rebellenlandkreisen (MAREZ)
- 19.06.2005: Ausrufung des »Roten Alarms« in den Zapatistischen Gemeinden: Schließung der Caracoles, Evakuierung der »Juntas der Guten Regierung«, militärische Mobilisierung der EZLN,
- 20.– 26.06.2005: Interne Befragung in 1000 zapatistischen Gemeinden
- 21.06.2005: Bekanntgabe der EZLN: Der Kampf der Zapatisten will sich von einer rein Indigenen Bewegung entfernen und eine umfassende Bewegung aller Unterdrückten bilden
- 26.06.2005: Bekanntgabe der Ergebnisse der Befragung: 98% der Zapatisten stimmten für »eine politische Initiative von nationaler und internationaler Natur«
- Ende Juni 2005: Veröffentlichung der drei Teile der »Sechsten Erklärung der EZLN«: Beschluss der »Anderen Kampagne«: eine Nationale Außerparlamentarische Initiative gegen Kapitalismus und Neoliberalismus und für eine neue Verfassung für die Rechte und Freiheiten des Volkes
- 05.08.– 11.09.2005: mehrere Treffen mit der Zivilgesellschaft (Politische Organisation der Linken, Organisation der Indigenas Mexikos, Linke soziale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Künstlerische und kulturelle Organisationen, mexikanische Migrantenorganisationen aus den USA Gruppen, Kollektive, Individuen, Vertreter von Gemeinden, Strassen, Siedlungen)
- 19.09.2005: Vollversammlung der 2000 Teilnehmer der »Anderen Kampagne« im Caracol La Garrucha in Chiapas und Annahme des Aktionsplanes
- 01.01.2006: Beginn der Reise der »Sechsten Kommission« durch 32 Bundesstaaten
- 03.und 04.05.2006: Polizeieinsatz in Atenco

Quellen: Muñoz Ramirez, Gloria: 20+10. Das Feuer und das Wort. Münster 2004